

Sitzungsniederschrift

28. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung

Sitzungsort: Stadthalle Aurich, Bürgermeister-Anklam-Platz, 26603 Aurich		
Sitzungsdatum: 09.06.2021	Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr	Sitzungsende: 17:55 Uhr

Mitglieder / Anwesende	Fraktion / Gruppe	Funktion Anmerkung
Vorsitz		
Kleinert, Ingeborg	SPD	
Mitglieder		
Albrecht, Hinrich	SPD	
Altmann, Gila	GRÜNE	Vertretung für Frau Angelika Albers
Bargmann, Bodo	CDU	
Bracklo, Agnes	BWM	
Fohrden, Siebelt	CDU	
Harm-Rehrmann, Angela	SPD	
Röben, Hinrich	SPD	
Stauß, Detlef	AfD	
Tammen, Harald	CDU	
Trauernicht, Hinrich	SPD	Vertretung für Frau Julia Feldmann
Trei, Hilko	Feldmann/Trei	Vertretung für Herrn Wilhelm Strömer
Ubben, Hilde	AKSBG	
Grundmandat		
Bienhoff-Topp, Ida		
Warmulla, Reinhard	DIE LINKE.	
Beratende Mitglieder		
Krull, Hilde		
Pieschke, Bärbel		

Tobiassen, Bernd

Gäste

Osterwald, Hilke

Vorsitzende Gedenkstätte KZ-
Engerhufe e.V.

Verwaltung

Davids, Korwin

stellvertretender Leiter Ordnungs-
amt

Hoofdmann, Sandra

Protokollführerin

Müller, Michael

Leiter Sozialamt

Müller-Gummels, Rainer

Leiter Büro des Landrates

Puchert, Dr. Frank

Erster Kreisrat

Schäfer, Marcel

Leiter Ordnungsamt

Nicht anwesend:

Mitglieder

Albers, Angelika

GRÜNE

Biller, Anita

SPD

Feldmann, Julia

SPD

Strömer, Wilhelm

FW

Beratende Mitglieder

Bagusat, Klaus-Dieter

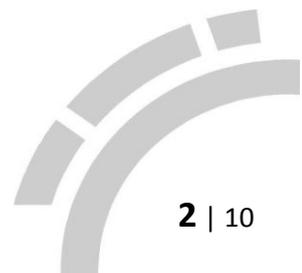
Eiben, Florian

Hülsebus, Dieter

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
3. Feststellung der Tagesordnung
4. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.04.2021 - öffentlicher Teil -
5. Einwohnerfragestunde
6. Bericht Impfzentrum
7. Antrag auf Förderung einer befristeten Projektstelle für eine/n wissenschaftliche/n Mitarbeiter/in im Verein Gedenkstätte KZ Engerhufe e.V. Vorlage: IX/2021/082
8. Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.05.2021; Sozialer



Wohnungsbau im Landkreis Aurich
Vorlage: IX-AF/2021/026

9. Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung der pro familia Beratungsstelle Emden
Vorlage: IX/2021/083
 10. Verschiedenes, Wünsche, Anregungen
 11. Einwohnerfragestunde
 12. Schließung der Sitzung
-

Öffentlicher Teil:

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Die **Vorsitzende Kleinert** eröffnete um 16.00 Uhr die Sitzung und begrüßte alle Anwesenden.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Die **Vorsitzende Kleinert** stellte die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die **Vorsitzende Kleinert** wendete sich an die Mitglieder des Ausschusses mit der Frage, ob Einwände gegen die Tagesordnung bestünden und etwas dagegen spräche, den Tagesordnungspunkt 7 –Bericht Impfzentrum- vorzuziehen.

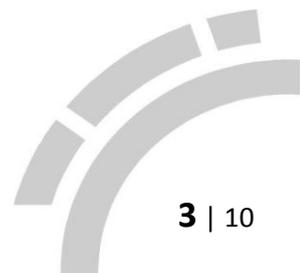
Einwände wurden nicht erhoben.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 22.04.2021 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift über die Sitzung vom 22.04.2021 –öffentlicher Teil- wurde bei zwei Enthaltungen –wegen Nichtteilnahme- genehmigt.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 10 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 2
➔ **einstimmig beschlossen**



TOP 5 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 6 **Bericht Impfzentrum**

Herr Schäfer, Leiter des Ordnungsamtes, stellte anhand der anliegenden Präsentation (Anlage 1) den dritten Sachstandsbericht zum Impfzentrum vor.

Abgeordneter Albrecht bekundete, dass er froh über die sinkenden Zahlen sei und gleichzeitig verärgert, dass der Impfstoff so unregelmäßig geliefert werde. Er verkündete, dass VW ab Montag über den Betriebsarzt impfen ließe.

Abgeordneter Stauß erkundigte sich, wie das Personal eingesetzt werde, wenn kein Impfstoff da sei.

Herr Schäfer erläuterte, dass dies durch das Schichtsystem reguliert werden könne und zudem Mitarbeiter*innen zu Stoßzeiten viele Überstunden machen würden, die in solchen Zeiten vorrangig abgebaut werden.

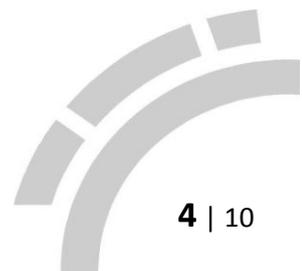
Abgeordneter Bargmann bestätigte, dass die Rückmeldungen über die Impfzentren sehr positiv seien. Er stellte die Frage bezüglich des Impfvorhabens der Feuerwehrleute. Diese Personengruppe sei in der 3. Priorisierungsgruppe aufgenommen und das habe große Erwartungen ausgelöst. Nun sei aber kein Impfstoff da, um die Impfungen durchzuführen. Er erkundigte sich, wie viele Einsatzkräfte bereits erstimmunisiert wurden, wie viele noch ausstünden und wann man mit einer Berücksichtigung rechnen könne.

Herr Schäfer antwortete, dass der Landkreis in der 26. Kalenderwoche ca. 4.000 Dosen bekäme. Vorrangig würden dann über die mobilen Teams die Feuerwehrleute berücksichtigt.

Herr Davids ergänzte, dass von ca. 1.500 Feuerwehrkameraden ca. 600 erstimmunisiert seien. Somit stünden derzeit noch ca. 900 Feuerwehrleute aus. Die Kameraden stünden zudem auf einer Liste und würden angerufen, wenn andere Personen ihren Impftermin nicht wahrnehmen können. Somit sei zumindest kein absoluter Stillstand zu verzeichnen.

Abgeordneter Warmulla wünschte sich, dass die Impfzentren so lange wie nötig in Betrieb blieben. Dennoch stellte er die Frage, wie die Abrechnungsweise des Impfzentrums hinsichtlich der Kosten im Vergleich zu den Impfungen über die Arztpraxen aussähe.

Herr Schäfer antwortete, dass die Impfzentren so lange bestehen bleiben müssten, bis alle Menschen bedient worden seien. Mit Blick auf die Auffrischungsimmunisierung sei das derzeit noch nicht abzusehen. Impfzentren würden selbstverständlich Geld Kosten (Personal, Gebäude, Material), wofür derzeit das Land aufkäme. Diese Struktur läge bei den Arztpraxen schon vor. Dennoch müsse man immer zwischen Schutz und Kosten abwägen.



Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass die Rahmenbedingungen über die Arztpraxen vorher schon da gewesen seien und dennoch habe man sich gegen die Versorgung über die Hausärzte entschieden, weil man erkannt habe, dass es nur über Zentren gelöst werden könne. Wenn man nun davon ausgehe, man bräuchte die Zentren zum 30.09.2021 nicht mehr, läge darin die Erwartung, die Pandemie sei vorbei. Die neugewonnene Freiheit sei zwar ein angenehmes Gefühl, aber man wisse derzeit nicht, wie lange der Impfstoff wirke und wie es sich mit der Auffrischung verhielte. Bei Schließung würde eine Infrastruktur beseitigt werden, die nicht ohne weitere wieder hochgefahren werden könne, vor allem im Hinblick auf die Personalsituation. Der Landkreis Aurich werde beispielsweise das Team der Kontaktpersonennachverfolgung (KPN) weiterhin in der Größenordnung vorhalten, wie es die Lage gebietet und an der Stelle nicht zurückfahren.

Abgeordnete Altmann vermutete, dass die nächste Welle zu erwarten sei und wollte daher wissen, wann das Amt für Gesundheitswesen beabsichtige die Software „SORMAS“ zur Kontaktpersonennachverfolgung einzusetzen. Es sei aus ihrer Sicht sinnvoll, dies in ruhigeren Zeiten vorzunehmen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert antwortete, dass bereits die Software im Probetrieb nebenher mitlaufe und eine regelmäßig tagende Expertenrunde sich austausche, was bereits gut und was noch weniger gut lief. SORMAS in den Vollbetrieb zu überführen, sei für den kommenden Montag geplant. Der Landkreis Aurich sei auch nicht grenzenlos optimistisch und habe daher langfristig gedacht und bereits externe Kräfte für die KPN eingestellt. Diesbezüglich konnte eine gute Auswahl stattfinden und das ermöglichen, die Mitarbeiter*innen der Kreisverwaltung schrittweise wieder in die Fachämter zu entsenden. Infektionsgeschehen würden derzeit noch stattfinden und seien diffus.

Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, ob es Statistiken gäbe, die aufzeigen, welche Folgen der Erkrankungen bei genesenen Personen geblieben seien.

Erster Kreisrat Dr. Puchert teilte mit, dass der Landkreis Aurich keine entsprechende Statistik führe. Jedoch würde nun der Impfstatus bei infizierten Personen abgefragt werden. Im Übrigen könnten sich auch genesene Personen impfen lassen.

Abgeordnete Hilde Ubben stieß um 16.40 Uhr zur Sitzung dazu.

Abgeordnete Bracklo erkundigte sich, wo es den Schlüsselanhänger der LUCA App gäbe.

Herr Schäfer antwortete, dass der Landkreis eine Bestellung vorgenommen habe und die Verteilung über die Rathäuser lief.

Abgeordnete Ubben teilte mit, dass es immer mal wieder vorkomme, dass Personen ihre falsche Handynummer im Testzentrum hinterließen. Das sei bei einem positiven Testergebnis sehr hinderlich. Es erfolge zwar eine Weitergabe von Namen und Adresse an das zuständige Amt für Gesundheitswesen, dennoch sei der Umstand nicht glücklich.

Abgeordnete Kleinert bedankte sich für den Vortrag und den regen Austausch.

fe e.V.

Vorlage: IX/2021/082

Erster Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass es seinerzeit einen Antrag der Bündnis 90 / Die Grünen Fraktion gegeben habe, die Geschichte des ehemaligen Frauenarbeitslagers in Tannenhausen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu rücken. In der Folge hatte Landschaftspräsident Mecklenburg im Ausschuss zu der Thematik vorgetragen. Die Erwartung sei damals gewesen, dass die Kreisverwaltung schnellstmöglich weitere Gespräche aufnehmen solle, um das Thema aufzubereiten. Bei einem Treffen mit Landschaftsvertretern sei deutlich geworden, dass es in Ostfriesland während der Nazi-Diktatur zahlreiche Lager unterschiedlichster Art gegeben habe. Diese Erkenntnis sei das Initial gewesen, das Thema Frauenarbeitslager nicht isoliert zu betrachten, sondern Kontakt zum Verein Gedenkstätte KZ-Engerhufe e.V. aufzunehmen, um die Thematik in einen Gesamtkontext einzubetten. Im neuen Jahr habe ein Treffen mit der Vorsitzenden, Frau Osterwald, stattgefunden mit der Frage, ob man das Thema nicht an den Verein andocken könne. Die Zusammenarbeit habe sich anschließend schnell weiterentwickelt bis zum Status, der nun der Vorlage zu entnehmen ist. Herr Dr. Puchert begrüßte an dieser Stelle Frau Osterwald und bat sie, einen kurzen Vortrag über die Planungen zu halten.

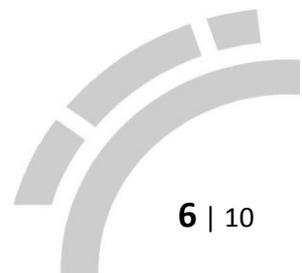
Frau Osterwald, Vorsitzende Gedenkstätte KZ- Engerhufe e.V., stellte das Projekt vor: Den Verein gebe es seit 11-12 Jahren. Die Gedenkstätte sei aus der Initiative von Menschen aus der Umgebung aufgebaut worden. Je mehr sich die beteiligten Personen mit der Thematik beschäftigten, desto mehr blätterte sich die Geschichte auf.

In der Zeit des Nationalsozialismus sei das arische Menschenbild vermittelt worden. Durch Schule, Politik und Kirche sei die Auffassung verfestigt worden, dass bestimmte Gruppen von Menschen nicht lebenswert seien. Während des Krieges habe man Menschen verschleppt, weil sie als „Menschenmaterial“ gebraucht wurden. Nach umfangreichen Recherchen habe es in Ostfriesland ca. 300 Lager für gefangene oder verschleppte Menschen gegeben. Von den Geschichten über Gewalt wurde im Nachgang nicht viel erzählt. Unter Umständen wäre die Zeit vergessen, wenn es nicht Menschen gäbe, die sich erinnern und mehr wissen wollen. Dafür stehe der Verein Gedenkstätte KZ Engerhufe. Im Hinblick auf die Neukonzeptionierung und die Dauerausstellung in Engerhufe gebe es Fördermittel. Es sei aber klargeworden, dass das Ehrenamt an dieser Stelle an seine Grenzen stieße. Die Nds. Gedenkstättenstiftung fördere eine Projekt-Stelle für eine/n wissenschaftlichen Mitarbeiter/in mit 75.000 € für 28 Monate. Der Verein hoffe sehr, dass der Landkreis sich der Förderung anschließe.

Erste Kreisrat Dr. Puchert erläuterte, dass es nicht Absicht sei, nur für 28 Monate die Förderung zur Verfügung zu stellen. Aus diesem Grund sei der Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen der Ostfriesischen Landschaft, dem Landkreis Aurich und dem Verein Gedenkstätte KZ-Engerhufe geplant. Auch die Stadt Aurich habe großes Interesse zu diesem Thema gezeigt. Eine weitere Zusammenarbeit mit der Bundeswehr sei zudem denkbar, um sich dem Themenfeld aus allen Richtungen zu nähern.

Vorsitzende Kleinert bedankte sich für den ergreifenden Vortrag.

Abgeordneter Albrecht bedankte sich bei Herrn Dr. Puchert und Herrn Müller-Gummels, die hinter diesem Projekt stünden und es voranbringen. Er wünsche sich von allen Fraktionen einen einstimmigen Beschluss.



Vorsitzende Kleinert ergänzte, dass es ohne wissenschaftliche Begleitung auch nicht umsetzbar wäre.

Abgeordneter Warmulla begrüßte den Schritt der Kooperationsvereinbarung. Dies könne eine sinnvolle, helfende Unterstützung sein.

Herr Müller-Gummels führte aus, dass es nicht darum ginge für das Projekt ein schnelles Ende zu finden, sondern auch langfristig und nachhaltig dem Thema auf den Grund zu gehen.

Abgeordnete Altmann bedankte sich ebenfalls für das Engagement des ersten Kreisrates.

Vorsitzende Kleinert fasste zusammen, dass alle das Projekt zu begrüßen scheinen und es wichtig für die Nachfahren sei.

Abstimmungsergebnis:

⇒ Ja-Stimmen: 12 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 1
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 8 **Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 19.05.2021; Sozialer Wohnungsbau im Landkreis Aurich**
Vorlage: IX-AF/2021/026

Abgeordnete Altmann stellte den Antrag vor und berichtete, dass es ähnliche Anträge bereits im Jahr 2016 und 2017 gegeben habe. Es solle innerhalb eines Jahres ein Fahrplan diskutiert werden, um handlungsfähig zu werden.

Vorsitzende Kleinert antwortete, dass die Gemeinden, insbesondere Südbrookmerland, keinen großen Bedarf an sozialen Wohnungsbau hätten.

Erster Kreisrat Dr. Puchert merkte an, dass den Ausführungen inhaltlich vieles abzugewinnen sei, der Landkreis sich jedoch nur mit den Aufgaben befassen könne, welche auch in die Zuständigkeit des Landkreises in Abgrenzung zu den Kommunen fiel. Der Landkreis drücke sich nicht vor Verantwortung. Eine Mitarbeiterzahl von ca. 3.500 Personen zeige dies deutlich auf. Der Landkreis befasse sich mit einer Klinik, mit Pflegeheimen und ist großer Schulträger. Man müsse vergleichen, wie andere Landkreise diesbezüglich unterwegs seien. Von der einfachen Sicht auf das Problem sei dies keine Kreis Aufgabe, da eine kreisweite Relevanz nicht vorläge. Streng genommen sei es nur ein Problem, welches in der Stadt Norden und in der Stadt Aurich sichtbar sei. Man habe vor einigen Jahren dieses Thema auch immer wieder mit den Hauptverwaltungsbeamten diskutiert. Hierbei sei erkennbar geworden, dass das Problem des sozialen Wohnungsbaues, die Kommunen unterschiedlich stark betreffe. Nach einer erneuten Abfrage in Vorbereitung auf diese Sitzung habe sich das Bild kaum verändert. Der Landkreis könne kein Ausfallbürge für fehlendes Engagement in den betreffenden Kommunen sein.

Abgeordnete Bracklo erläuterte, dass die Samtgemeinde Hage beschlossen habe, dass ein Grundstück je Baugebiet in kommunaler Hand verbliebe, um dort ein Doppelhaus zu errichten.

Abgeordneter Albrecht merkte an, dass Bedarfe zunächst vernünftig und sauber ermittelt werden müssten. In Südbrookmerland sei das Problem nicht bekannt und daher werde dort auch kein dringender Handlungsbedarf gesehen. Ebenfalls störe ihn der Zeitplan in dem Antrag.

Abgeordneter Bargmann führte aus, dass das Thema alle handelnden Akteure viele Jahre begleite und dabei im Vordergrund stehe, wie komme man zu dem Ziel, dass Wohnraum geschaffen werde, der bezahlbar ist. In einem Baugebiet der Stadt Aurich werde ausgeschrieben, dass ein Anteil als bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung gestellt werden müsse. Diesbezüglich gäbe es entsprechende Konzepte mit Investoren. Somit sei kein Versäumnis bei der Stadt Aurich festzustellen, es werde nur ein anderer Weg eingeschlagen. Insgesamt betreffe es jedoch hauptsächlich die Städte, somit gehöre der Antrag nicht in diesen Kreis.

Abgeordneter Trei berichtete, dass inzwischen für Wohnungen mit rd. 60 qm 600,00 € zu zahlen sei und dies nicht erschwinglich wäre. Viele könnten sich das nicht leisten. Für 20 Jahre seien die Wohnungen der Privatinvestoren bezahlbar und danach müssten die Menschen raus, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

Abgeordneter Warmulla stellte die Frage, wie sehr das Thema Wohnungspolitik wertgeschätzt werde. Aus seiner Sicht sei es primär die Aufgabe der Kommunen, für bedarfsgerechte Wohnungen zu sorgen, aber in der Verzweiflung habe man sich nun an den Landkreis gewandt. Die formale Trennung sei ihm egal, es gehe um den Bedarf und um die Menschen. Der Antrag könne als Grundlage verstanden werden, um ins Gespräch zu kommen.

Abgeordneter Stauß merkte an, dass man vernünftig suchen müsse, dann würde es auch bezahlbaren Wohnraum geben.

Abgeordnete Altmann erklärte, dass der Landkreis einen Prozess in Gang setzen solle. Genau in diesem Prozess könne man auch die lokalen Unterschiede beleuchten. Sie erkundigte sich, warum diese Aufgabe durch andere Landkreise wahrgenommen werde, wenn es nicht Aufgabe des Landkreises sei. Frau Altmann machte den Vorschlag, den Antrag zur Beratung in die Fraktionen zu geben.

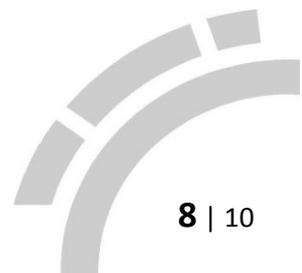
Abgeordnete Bracklo teilte mit, dass sie den Antrag unterstützen werde.

Abgeordneter Warmulla ergänzte, dass der Landkreis schon betroffen sei, da dieser über das Jobcenter und andere Ämter für die Zahlung der Kosten der Unterkunft zuständig sei.

Abgeordnete Ubben beantragte, die Debatte zu Ende zu führen.

Erster Kreisrat Dr. Puchert schlug vor, den Antrag zur Entscheidung zu bringen und sich damit zu positionieren. Andernfalls wäre es wieder nur verschoben. Die Annahme, dass der Landkreis für alles verantwortlich sei, ist eine grundfalsche Sichtweise. Die Kommunen hätten eine klare Aufgabenstellung und der Landkreis sei eben nur dann zuständig, wenn es überörtlichen Lösungen bedarf. Das sei bei diesem Thema nicht gegeben und das solle auch zur Kenntnis genommen werden. Durch diesen Antrag schüre man in der Bevölkerung falsche Hoffnungen.

Vorsitzende Kleinert ließ über den Antrag abstimmen.



Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 3 Nein-Stimmen: 10 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 9 **Gewährung eines Zuschusses zur Finanzierung der pro familia Beratungsstelle Emden**
Vorlage: IX/2021/083

Vorsitzende Kleinert ließ über die Vorlage abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

⇨ Ja-Stimmen: 13 Nein-Stimmen: 0 Enthaltungen: 0
➔ **einstimmig beschlossen**

TOP 10 **Verschiedenes, Wünsche, Anregungen**

Herr Müller, Leiter des Sozialamtes, wies daraufhin, dass dem Protokoll der aktuelle Sozialbericht (Anlage 2), der neue Pflegebericht (Anlage 3) sowie der aktuelle Migrationsbericht (Anlage 4) beigefügt werde.

Abgeordneter Warmulla erkundigte sich, aus welchen Gründen im Bereich Bildung und Teilhabe die Anträge für die Teilnahme an der Mittagsverpflegung zugenommen habe.

Herr Müller, Leiter des Sozialamtes, sicherte eine Antwort über die Niederschrift zu.

Wesentliche Gründe hierfür sind

- *die zunehmende Anzahl an Verpflegungsmöglichkeiten durch Menschen und*
- *der Wegfall des 1€-Eigenanteils pro Mahlzeit.*

Eine Übersicht ist der Anlage 5 zu entnehmen.

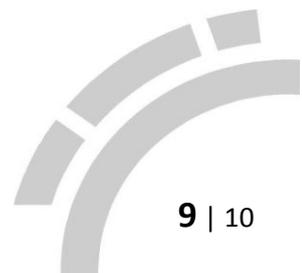
Frau Pieschke machte darauf aufmerksam, dass in dieser Woche der Tag für Sehbehinderte und Blinde stattfand und dafür Poller mit Mützen bestückt worden seien.

TOP 11 **Einwohnerfragestunde**

Es lagen keine Wortbeiträge vor.

TOP 12 **Schließung der Sitzung**

Vorsitzende Kleinert schloss um 17.53 Uhr die Sitzung.



Ingeborg Kleinert
Vorsitzende/r

Sandra Hoofdmann
Protokollführer/in

